

FRIEDRICH MEINECKE

Geschichte des
deutsch-englischen Bündnisproblems 1890—1901

FRIEDRICH MEINECKE

Geschichte des
deutsch-englischen
Bündnisproblems
1890—1901

Mit einem Vorwort von
HANS HERZFELD



R. OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN WIEN 1972

Unveränderter reprografischer Nachdruck der Ausgabe München und Berlin 1927,
ergänzt durch ein Vorwort von Hans Herzfeld

© 1972 R. Oldenbourg München

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege sowie der Speicherung und Auswertung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Werden mit schriftlicher Einwilligung des Verlages einzelne Vervielfältigungsstücke für gewerbliche Zwecke hergestellt, ist an den Verlag die nach § 54 Abs. 2 UG zu zahlende Vergütung zu entrichten, über deren Höhe der Verlag Auskunft gibt

Druck : Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt
Buchbinderische Verarbeitung : Dingeldein, Darmstadt-Arheilgen

ISBN 3-486-47491-X

VORWORT

Von HANS HERZFELD

Friedrich Meinecke hat 1927 mit seiner ›Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890—1901‹ noch einmal die große Reihe seiner mit ›Weltbürgertum und Nationalstaat‹ beginnenden und mit der ›Entstehung des Historismus‹ endenden ideengeschichtlichen Hauptwerke unterbrochen. Er kehrte mit diesem Zwischenpiel seiner Reifepériode nicht nur zu den politisch-diplomatischen Früharbeiten seiner Archivarzeit in Berlin zurück, sondern wendete sich damit auch einem heiß umstrittenen Thema der jüngsten Zeitgeschichte zu, ohne in seiner Schlußwertung selbst vor dem Wagnis kühner Konstruktion über einen anderen Verlauf der deutschen Geschichte mit der Voraussetzung zurückzuschrecken, daß die 1898 bis 1901 gescheiterten Bemühungen um eine deutsch-englische Verbindung, sei es als förmliches Bündnis oder als entwicklungsfähige Entente, zu einem Erfolge geführt haben würden.

So entschieden er persönlich für die Notwendigkeit eines deutsch-englischen Zusammengehens optierte, so sehr hebt sich seine Arbeit deutlich gegen das oft hemmungslose Temperament der frühen deutschen Streitschriften zu der Frage einer Option für den Westen — England, Nordamerika und Japan — oder für den Osten — den Kontinentalblock Deutschlands mit Rußland und Frankreich — durch die kritische Besonnenheit des in inhaltsschwerer Entwicklung gereiften „Vernunftrepublikaners“ Meinecke ab. Sie ist von strenger selbstkritischer Prüfung erfüllt, wo Möglichkeiten und Grenzen seines gewagten Unternehmens liegen mußten.

Die Erörterung war in diesem Zeitpunkt noch nahezu ausschließlich auf deutsche Quellen angewiesen: auf die später so völlig entwerteten Erinnerungen Eckardtsteins und auf die schwerwiegende, für ihn grundlegende Bändereihe der ›Großen Politik der Europäischen Kabinette‹ von 1871—1914. Meinecke vergaß¹ nicht einen Augenblick, daß er bei dem nahezu völligen Fehlen primärer eng-

¹ Meinecke, Bündnisproblem S. 55.

lischer und russischer Dokumente den „inneren rationalen Zusammenhang“ der Politik dieser Staaten genauso wie vielfach die in der Jahrhundertwende handelnden Persönlichkeiten der deutschen Regierung und Politik nur durch eine „Deutung nach Staatsraison“ erschließen konnte. Er stellte fest, „daß die Deutung nach Staatsraison nur Wahrscheinlichkeitsresultate zu erreichen vermag“. Und auch in seiner Schlußwertung² betonte er noch einmal, daß ihn diese Lage gezwungen hatte, „auch die Schattenbilder des Ungeschehenen“ — der hypothetischen Geschichte — einzubeziehen. Auch er habe daher für die Zukunft³ die „Motive Englands“ weitgehend nur hypothetisch erschließen können, obwohl er⁴ überzeugt war, daß es ihm möglich gewesen sei, „Hypothesen von innerer Glaubwürdigkeit zu bilden“, die sein Eintreten für eine proenglische Westoption der deutschen Politik rechtfertigten.

Diese stets wache methodisch-kritische Selbstkontrolle hat ihn aber nicht nur befähigt, die Motive der entgegengesetzten Option in der stets schwankenden deutschen Politik jener Jahre wie die damals schon formulierbaren Bedenken gegen die Aussichten einer deutsch-englischen Kooperation auf Dauer mit der gleichen strengen Objektivität zu untersuchen wie die Argumente für seine eigene abschließende Westoption. Es ist für die überlegene Reife seines Buches höchst bezeichnend, wie deutlich er sich gegen Vertreter der gleichen Westoption, aber auch gegen das übersteigerte Temperament von im Augenblick ihres Erscheinens höchst erfolgreichen Streitschriften abzugrenzen vermochte. Sosehr er anerkannte, daß ein erster umfassender Versuch zur Lösung des Problems, Eugen Fischers Anklage gegen „Holsteins großes Nein“ aus dem Jahre 1925 sich „in der Gesamtauffassung der holsteinischen und bülowischen Politik“ mit ihm berührte,⁵ so scharf war doch sein Urteil gegen Fischers „polternde und zänkische Weise“, in der man nicht Geschichte treiben dürfe. Wohl folgte auch er für das Jahr 1901 noch weitgehend den Angaben Eckardtsteins und trennte daher, wie wir heute wissen, viel zu scharf zwischen den „Parteien“ Salisburys auf der einen, Chamberlains und Lansdownes auf der anderen Seite und war nicht in der Lage, den vollen Grad der

² Meinecke, ebd. S. 228.

³ Meinecke, ebd. S. 242.

⁴ Meinecke, ebd. S. 255.

⁵ Eugen Fischer: Holsteins großes Nein, Meinecke S. 108, Anm. 45.

Eigenmächtigkeit zu erkennen, mit der sich der von ihm noch als Kronzeuge benutzte Eckardtstein selbst über die Weisungen des von Fischer ganz zum Sündenbock gestempelten Holstein hinweggesetzt hatte.⁶ Aber er begann doch schon kritisch gegen die Unzuverlässigkeit der Angaben zu werden, die Eckardtstein über seine Rolle in der Vorbereitung des englisch-japanischen Bündnisses gemacht hatte. Meinecke verkannte auch nicht, daß Holstein selbst noch am 20. März 1901 ernsthaft vor einer „Weichenstellung“ gestanden hatte, als er sich gegen die Warnungen von Hatzfeldt und Metternich endgültig auf die Forderung des förmlichen englischen Eintrittes in den Dreibund festlegte und damit den „Kardinalpunkt“ erreichte, von dem aus die nach der Auffassung Meineckes „sinistre Wendung“⁷ in der bisher nach seiner Ansicht „noch hoffnungsvoll ansteigenden Verhandlung“ unvermeidlich wurde. Und auch jetzt noch war er bereit zuzugeben, daß nach den Informationen der deutschen Seite diese Zumutung des englischen Dreibundeintrittes „nicht von vornherein aussichtslos“ erscheinen mußte.

Wie Meinecke weit davon entfernt war, in der Option für England mit Eugen Fischer eine „Patentlösung“ zu erblicken, die nur durch die Persönlichkeit Holsteins verfehlt worden war, so lehnte er sich auch gegen den Radikalismus von Max Lenz⁸ auf, für den ein zur See noch nicht gerüstetes, durch seine Todfeinde auf dem Kontinent umklammertes Deutschland bei einer Westoption wie einst Friedrich der Große zum einfachen „Werkzeug der englischen Politik“ geworden wäre. Wohl bestritt er diese Gefahr nicht, war aber doch überzeugt, daß dieses deutsche Werkzeug durch seine Macht unentbehrlich geworden und auch England genötigt gewesen wäre, es „schonsam“, d. h. mit Rücksicht auf seine eigenen Ansprüche zu behandeln.

Und ebenso wie er diesen radikalen Pessimismus eines Max Lenz ablehnte, hat er sich bei allem Respekt vor der weitgehend von ihm bejahten Kampfschrift Johannes Hallers über „Die Ära Bülow“ aus dem Jahre 1922, doch gegen die „herrische und leidenschaftliche Kritik“⁹ des geborenen Balten gewendet, nach der Bülow nicht einmal so sehr durch seine Scheu vor den englandfeindlichen Strö-

⁶ Meinecke, Bündnisproblem S. 194 u. 196.

⁷ Meinecke, ebd. S. 200.

⁸ Meinecke, ebd. S. 257, Anm. 149.

⁹ Meinecke, ebd. S. 259.

mungen der deutschen öffentlichen Meinung als vor dem Ressortdruck vom Reichsmarineamt und Marinekabinett zurückgewichen wäre, die von dem englischen Bündnis eine Verkümmernug ihrer Pläne befürchteten. Schließlich hatte dies Argument auch den eifrigsten aller Flottenbauer, den Kaiser, nicht dazu getrieben, ein Bündnis mit England durchaus zu „perhorreszieren“. Nur so viel gesteht daher Meinecke der Kritik Hallers zu, daß Bülow mit dem leichtfertigen Spiel seiner Weltpolitik und der gleichzeitig vollzogenen Rechtswendung seiner ganzen Innenpolitik eine ihn selbst beherrschende Zwangslage heraufbeschworen hatte, in deren Zusammenhang nun „der englische Bündnisgedanke nicht recht hineinpaßte“¹⁰. Denn die Konservativen bewilligten ihm jetzt zwar die Flotte, um die erhöhten Agrarzölle des Tarifes von 1901 durchzusetzen, aber sie verlangten „zugleich auch außenpolitisch unter Berufung auf den mißverstandenen Bismarck die Freundschaft mit Rußland“. Während Bülow wie der Kaiser außenpolitisch noch einmal schwankten, ob der Weg nach England nicht doch der bessere sei, mußte innenpolitisch die von ihnen begonnene Reise jetzt vollendet werden, da nur eine durchaus fehlende, sehr starke Persönlichkeit jetzt noch in der Lage gewesen wäre, das Steuer entscheidend umzuwerfen.

Es ist bei dieser Brüchigkeit seines Quellenmaterials weniger erstaunlich, daß sein Urteil auch in entscheidenden Fragen unsicher und gelegentlich selbst irrig war, als daß er im Ganzen das Problem mit einem noch heute achtunggebietenden Grade von strenger Objektivität in seinen Grundlinien mustergültig zu beherrschen vermochte. Der Grad der Zurückhaltung und Ablehnung, mit dem Lord Salisbury dem Gedanken einer ihm verfrüht erscheinenden Bündnisbindung gegenüberstand, wurde auch ihm durch den Einfluß der Berichterstattung Eckardtsteins verdunkelt. Meinecke meint auch noch für 1901 die Bedenken Hatzfeldts dahin begrenzen zu können, daß der Premierminister vor allem durch die Schwierigkeit einer parlamentarischen Bestätigung des Vertrages gehemmt worden sei.¹¹ Er schätzte daher seine Haltung nur als „undurchsichtig“ ein, obwohl auch er für das Scheitern der Verhandlung schließlich meinte, Holsteins Prophezeiung sei eingetroffen, daß Salisbury schließlich „der Vater der Hindernisse“ sein würde. Aber

¹⁰ Meinecke, ebd. S. 260.

¹¹ Meinecke, ebd. S. 221.

er war doch geneigt zu glauben, auch der Premierminister sei nach angeblichen Äußerungen Lanstowns vom 22. 4. und 15. 5. 1901 noch bereit gewesen, ein „einfaches deutsch-englisches Bündnis gegen zwei Angreifer“, aber nicht mit dem Dreibund unter Einschluß Österreichs, abzuschließen. Und auch Meineckes Urteil über den von ihm eingehend behandelten Jangtsevertrag¹² ist doch viel zu milde gewesen. Wenn er auch zugab, daß Salisbury durch die deutsche Auslegung dieses Abkommens enttäuscht gewesen sei, lehnt er doch entschieden ab, mit Adalbert Wahl in der Kontroverse über die Tragweite des Jangtseabkommens „die entscheidende Ursache für das Scheitern des Bündnisvertrages“ zu sehen. Meinecke war im Vergleich mit der Dreibundforderung geneigt, ihr ein viel zu begrenztes Gewicht für die Enttäuschung der Engländer an dem möglichen deutschen Bündnispartner zuzuschreiben.

Solche Irrtümer, über die die spätere Forschung fortschreitend durch die Erweiterung des Quellenmaterials hinwegkam, werden aber auch für die heutige Bewertung seiner Leistung doch bei weitem durch die Schärfe und Präzision des Gesamturteils über diesen tiefgehenden Wendepunkt der deutsch-englischen Beziehungen überwogen. Meinecke¹³ sah im Gegensatz zu Eugen Fischer mit aller Deutlichkeit, daß das nach seiner Ansicht angebotene englische Bündnis nicht einfach eine „Patentlösung“ gewesen wäre, die dem Reich eine „absolute Garantie“ gegen die spätere Bildung einer antideutschen Entente gegeben haben würde. Aber er hielt doch mit Otto Becker fest, daß auch der Weg der durch Lansdowne vorgeschlagenen Teilentente — er nennt dies „einen der gesündesten Gedanken“ in Otto Beckers Buche über die Politik des neuen Kurses — Wege und Mittel zu einem späteren Ausbau der Verbindung gegeben haben würde, um England „leistungsfähig und leistungswillig für die ultima ratio des Bündniszweckes zu erhalten“. Es würde sich, einmal auf diesem Wege, nur schwer entschlossen haben, Deutschland unter Erschütterung für seine im letzten Sinne defensive Politik als „Brustwehr gegen Rußland und Frankreich“ in einer Weise preiszugeben, die die Erhaltung der europäischen Gleichgewichtslage dann tödlich gefährdet haben würde.

Seine Untersuchung mündete ja immer wieder in die Feststellung, daß die Gegenkombination eines Kontinentalblockes mit Rußland

¹² Meinecke, ebd. S. 227.

¹³ Meinecke, ebd. S. 251.

und Frankreich trotz aller traditionellen Berufungen auf die 1890 verlassene und noch dazu weitgehend mißverständene, weil dogmatisierte Bismarckpolitik praktisch mit dem dadurch heraufbeschworenen französisch-russischen Zweibund zur Utopie geworden war. Alle Ansätze Wilhelms II. und seiner Berater, ob Tirpitz oder Bülow, zu ihr zurückzukehren, mußten nach Meineckes Überzeugung an der Festigkeit dieses Bündnisses scheitern, die wirtschaftlich das Reich der Romanows bleibend mit der Dritten Republik fest zusammengeschweißt hatte. Der Zweibund konnte daher auch den Russisch-Japanischen Krieg wie die Zerreißprobe der ersten russischen Revolution überstehen. Meinecke verkannte auch nicht die wachsende Stärke des panslawistischen Nationalismus im russischen Bürgertum wie die parallel steigende Schwäche von Dynastie und konservativer Hofschicht, deren Widerstandskraft gegen diese Strömungen nicht einmal durch die vorübergehende Bändigung der Revolution durch Stolypin für die Dauer wiederhergestellt werden konnte. So wurde er denn¹⁴ nach dem Ersten Weltkriege zum entschiedenen Kritiker jener Flutwelle des deutschen Imperialismus, die auch ihn, den Schüler Friedrich Naumanns, mit Flottenbau, Wagnis der Bagdadbahn und kolonialpolitischen Großraumplänen in Afrika vor dem Ersten Weltkrieg weitgehend erfaßt hatte. Jetzt dagegen begrüßt er rückblickend die Möglichkeit, daß das englische Bündnis zwar eine „schicksalhafte Abhängigkeit“ von Kolonialreich und Weltmacht für Deutschland unvermeidlich gemacht haben würde, aber auch als Zwang dafür hätte wirken können, sich auf die auch von Bismarck bejahte Stellung als Kontinentalmacht zurückzuziehen. Er glaubte, daß es in diesem Falle auch für England unentbehrlich geworden sein würde. „So hätte uns insgesamt das englische Bündnis zu einer zwar bescheideneren, aber zugleich solideren Weltpolitik erziehen können.“ Ja, er meinte, daß auch die englische Ablehnung eines Bündnisses mit dem Dreibund im ganzen eher zu einem Vorteil als einem Nachteil hätte werden können, weil wir „unsere weltpolitischen Geschäfte“ — die er, wie man sieht auch noch 1926 keineswegs radikal verleugnete — dann „freier und unbehinderter“ hätten verfolgen können, „wenn wir sie lediglich mit England zu betreiben hatten“. Dabei verkannte er keineswegs, daß insofern eine „Lücke“ in diesem deutsch-englischen Bündnis bestehen bleiben würde, als es keines-

¹⁴ Meinecke, ebd. S. 257.

wegs die explosiven Möglichkeiten der Balkanhalbinsel, sowohl bei einem Deutschland wie Österreich gleich bedrohenden Vorstoß Rußlands wie bei einem die europäische Türkei mit dem Untergang bedrohenden Angriff der Balkanvölker, gedeckt haben würde. Er erkannte ganz richtig, daß Salisbury wie schon 1895 bestrebt war, hier allen Bindungen auszuweichen, die ihm jede Kompromißmöglichkeit mit dem soeben in Ostasien durch Japan zurückgeworfenen Rußland verschlossen haben würden. Österreich drohte in diesem Falle „leidender Teil“ selbst dann zu werden, wenn die englische Politik im günstigsten Falle loyal bemüht sein würde, seine Belastung so schonend wie möglich zu begrenzen.

Aber schließlich kam er, in scharfem Gegensatz zu Bülow's Dreibundforderung doch zu dem Schlusse, daß das Reich auch um hohen Preis sich zu der Westoption zugunsten Englands hätte entschließen müssen.¹⁵ „Die Aufgabe, einer künftigen Verständigung Englands mit dem Zweibunde und damit einer künftigen Isolierung Deutschlands in der Welt vorzubeugen, war so überwältigend wichtig, daß sie unter allen Umständen, selbst unter Opfern, gelöst werden mußte, und da das russische Bündnis nicht möglich und durchführbar war, blieb nur das englische Bündnis übrig, das auch in der von England angebotenen Beschränkung möglich und bei besonnener Staatskunst auch durchführbar war.“

Er wendete sich bei dieser noch immer optimistischen Einschätzung der deutschen Lage um die Jahrhundertwende scharf gegen den Einwand, „daß dies alles nur eine Weisheit post eventum“ sei und „die deutschen Staatsmänner, am Maßstabe ihrer Zeit und ihrer Kenntnis der Lage gemessen, pflichtgemäß und richtig gehandelt hätten“. Denn wenn er Verständnis für den Ausgangspunkt der Dreibundforderung Holsteins und Bülow's — angesichts der auch von ihm anerkannten Lücke des angeblichen englischen Angebotes — besaß, war ihm doch der Ernst der Lage des Reiches zu klar, um mit Holstein noch am 14. Juni 1901¹⁶ auf den „Strom der geschichtlichen Entwicklung“ zu rechnen, der „aller Wahrscheinlichkeit nach Deutschland und England einstmals auf dieselbe Seite drängen wird“, oder gar wie der vollendete Optimist und Opportunist Bülow an die Möglichkeit zu glauben, daß die deutsche Politik sich unbeschädigt mit Flottenbau und Bagdadbahn zwischen

¹⁵ Meinecke, ebd. S. 250.

¹⁶ Meinecke, ebd. S. 251, Anm. 145.

dem russischen Bären und dem englischen Löwen hindurchschlängeln könne, ohne dabei vor letzte Entscheidungen gestellt zu werden.

So kam er zu dem Ergebnis, daß das Reich überhaupt nur dann „vollberechtigter Partner im allgemeinen Weltgeschäft“ hätte bleiben können, wenn es sich durch das englische Bündnis rechtzeitig gegen eine künftige „Verständigung über den nahen Orient zwischen Rußland und England“¹⁷ abgesichert haben würde. Nur durch den Verzicht auf Flottenbau und Bagdadbahn, durch die England und Rußland gleichzeitig herausgefordert werden mußten, sei wenigstens eine relative Sicherheit für die kontinentale Stellung des Reiches noch zu erhalten gewesen. Das bedeutete für Meinecke einen Akt der „Bescheidenheit“, und er war realistisch genug, dafür keinen Dank der Außenwelt zu erwarten. . . . „die bloße Bescheidenheit ist auch noch kein ausreichendes Mittel der Politik. Es wäre zwar, wenn wir überall nachgaben, wohl nicht zum Weltkriege gekommen, aber die Welt selber, in der wir einen Platz zu beanspruchen hatten, wäre uns verschlossen worden durch das Welt-syndikat der Mächtigeren.“ Aber er schloß auch 1926 noch nicht die Möglichkeit aus, daß es durch „eine Verbindung von Selbstbeschränkung und Machttrieb“ — in Anlehnung an das deutsch-englische Bündnis — „eines gezügelten, die Grenzen seiner Macht kennenden Ehrgeizes“, doch noch gelingen könne, einen Platz in dieser Welt zu behaupten. Noch wollte er das deutsche Volk und seine Führer nicht einfach wegen ihres stolzen Selbstbewußtseins und ihres „Anspruchs auf Weltgeltung und Anteil an den Weltgütern“ schlechthin tadeln. Aber er wurzelte doch ganz in der Überzeugung, daß ein stolzes Volk auch nicht vor Kritik an verhängnisvollen Fehlern in der Vergangenheit zurückschrecken dürfe. Es müsse Schranken seiner Entwicklung anerkennen können, wie sie „das Schicksal dem zur Weltmacht aufsteigenden Deutschland gesetzt hatte. Wahre Vaterlandsliebe und wissenschaftliche Erkenntnis fordern hier ein und dasselbe“.

Die ausgeglichene Solidität, mit der Meinecke schon 1926 die gesamteuropäische Lage und ihre voraussichtlichen Entwicklungstendenzen in einem Zeitpunkt beurteilt hatte, in dem er fast ausschließlich auf die deutschen Akten in der »großen Politik der Europäischen Mächte« als kritische Quelleninstanz angewiesen war, wird in ihrem Gehalt auch dadurch nicht gemindert, daß fast un-

¹⁷ Meinecke, ebd. S. 267, 268.

mittelbar nach dem Erscheinen seines Buches der einschlagende Band II der ›British Documents on the Origins of the World War 1898—1914‹ durch H. Temperley und G. B. Gooch vorgelegt wurde, der mit dramatischer Schärfe zeigte, daß auch Meinecke noch die Entschiedenheit unterschätzt hatte, mit der sich Salisbury 1901 dem Abschluß eines förmlichen Bündnisses widersetzt hatte, da ihm die Existenz des Reiches mit viel zu schweren kontinentalen Hypotheken belastet erschien, um als Opfer dafür die Möglichkeit eines künftigen Kompromisses zu billigerem Preise mit Frankreich und Rußland auf das Spiel zu setzen. Die erste einschneidende deutsche Reaktion auf diese Lage war 1929 Gerhard Ritters temperamentvoll entschiedene Schrift über ›Die Legende von der ver schmäh ten englischen Freundschaft 1898—1901‹, die in scharfer Wendung gegen Eugen Fischer wie Otto Becker und Friedrich Meinecke überzeugt war, daß ein eigentliches deutsch-englisches Bündnis in dem Entscheidungsjahr 1901 schlechthin unerreichbar gewesen war und die bisherige Kritik an der deutschen Zurückhaltung jedenfalls in dieser Form nicht mehr haltbar sei.

Zugleich setzte das Erscheinen der monumentalen Biographie Joseph Chamberlains aus der Feder von I. L. Garvin ein, die bis 1934 den dritten Band erreichte, während der für das Jahr 1901 einschlagende vierte Band, von J. Amery bearbeitet, erst 1951 erschien und daher erst in der Nachkriegsliteratur verwendet werden konnte. Die Folge davon ist eine lange dauernde Zersplitterung der deutschen Forschungsarbeit gewesen, in der sich vor allem Gustav Roloff durch eine kritisch scharfe und nach der damaligen Quellenlage höchst exakte Arbeit über die Verhandlungen des Jahres 1898 auszeichnete. Er war geneigt, den Höhepunkt aussichtsreicher deutsch-englischer Besprechungen von dem Jahre 1901 auf dieses Auftaktjahr 1898 vorzudatieren. Auch Otto Becker hat noch einmal in der Festschrift für Gerhard Ritter 1950 das Wort zu diesem Thema ergriffen, während es ihm vor seinem Tode nicht mehr gelang, den Schlußteil seiner lebenslangen Arbeit über ›Bismarck und die Einkreisung Deutschlands‹ vorzulegen. In der Ritter-Festschrift blieb er bei der Auffassung über Wert und Entwicklungsfähigkeit der durch Lansdowne 1901 als Ersatz für die gegen Salisbury nicht durchzusetzende deutsche Dreibundforderung vorgeschlagenen Ententelösung bestehen, in der er bereits 1926 mit Meinecke einen befriedigenden und für die Zukunft aussichtsreichen Ersatz für den noch weiter zielenden deutschen Bündniswunsch

sehen wollte. Nach wie vor blieb er auch bei seinem scharfen Verdammungsurteil gegen Bülow und Holsteins Politik des „Alles oder Nichts“, zu der das deutsche Auswärtige Amt schließlich auch den ebenso wie Hatzfeldt warnenden Nachfolger in London, den Grafen Wolff-Metternich, gezwungen hatte. Dieser war am 19. Dezember 1901 genötigt gewesen, die Verhandlungen mit Lansdowne dadurch zu beenden, daß die deutsche Seite endgültig eine Verständigung über besondere Teile der Welt schroff mit dieser Formel ablehnte. Auf englischer Seite¹⁸ ist sie sofort als „tatsächlich eher drohend“ empfunden worden, so daß sie zu einer energischen Beschleunigung der Verhandlungen mit Delcassé über die 1904 zum Abschluß gelangende englische-französische Entente antrieb, auf die 1907 auch die englisch-russische Entente als reife Frucht folgen sollte. Becker wie Meinecke sind bis zuletzt der Überzeugung geblieben, daß der Spielermut, mit dem Bülow und Holstein geglaubt hatten, das Reich durch ihre Politik der freien Hand zwischen England und Rußland endgültig in die Reihe der führenden Weltmächte erheben zu können, selbst in diesem Zeitpunkt noch fruchtbare Keime einer deutsch-englischen Annäherung zerschlagen habe.

Die Kritik, die Meinecke und Otto Becker an dem leichtfertigen Spiel der deutschen Großmachts- und Weltpolitik geübt hatten, ist auch heute noch grundsätzlich als berechtigt anzuerkennen. Sie haben, vor allem Meinecke, eine Zeitgeschichte geschrieben, die ein methodisch hervorragendes Beispiel dafür darstellt, was ein solches Instrument für die Erforschung der jüngsten Vergangenheit, Gegenwart und bei genügender Selbstkritik auch für den Versuch einer Zukunftsprognose zu leisten vermag. Ebenso stellen aber ihre Arbeiten ein mahnendes Beispiel für die Schranken dar, die einem solchen Versuch mit starker Begrenzung des grundlegenden Quellmaterials gezogen sind. Denn vor allem für die englische Seite sind erst in den letzten Jahren die Schranken gefallen, die uns bisher immer an Teilaspekte der englischen Politik um die Jahrhundertwende gebunden hatten und die immer noch zwangen — wie wenigstens Meinecke stets wußte —, analysierende Kritik und möglichst solide begründete Hypothese an die Stelle des direkten, quellenmäßig fundierten Einblicks in die Struktur der auf englischer Seite miteinander ringenden Meinungen und Standpunkte zu setzen.

¹⁸ König Eduard VII. nach Otto Becker, Festschrift für Gerhard Ritter, Tübingen 1950, S. 385.

Das entscheidende englische Werk, dem zum ersten Mal auch über die Bestände des Foreign Office hinaus das ganze, heute erreichbare dokumentarische Material über die politische wie militärische Führung Englands auf dem zu den Ententen von 1904 und 1907 führenden Wege zur kritischen Auswertung zur Verfügung stand, ist 1963 das Buch ›The End of Isolation.‹ British Foreign Policy 1900—1907‹ von George Monger gewesen, das somit durch über ein halbes Jahrhundert von den Ereignissen getrennt war. Bezeichnenderweise hat es noch bis 1969 gedauert, ehe ihm eine deutsche Lizenz Ausgabe gefolgt ist.

Erst sein Inhalt gestattet es, in diesem Falle die ganze Schwierigkeit der nahen Zeitgeschichte voll zu ermessen und damit einen Maßstab zu gewinnen, an dem deutlich wird, was die kritische Vorsicht Meineckes, geübt an einem besonders erregenden Problem der modernen deutschen Geschichte, tatsächlich bedeutete. Denn nach diesem Material ist es ganz deutlich, daß heute sowohl die noch so liebevoll begründete Bejahung der deutsch-englischen Bündnismöglichkeit stärksten Einschränkungen unterliegt, wie daß die entgegengesetzte Ostoption — die beiden Pole also, zwischen denen sich die oft so leidenschaftliche und polemische deutsche Debatte durch nahezu ein halbes Jahrhundert bewegt hatte — einer sehr viel mehr differenzierenden und kritischen Betrachtungsweise Platz machen muß, wenn sie nicht nur festgefrorenen Ideologien dienen, sondern eine realistisch an nachweisbaren Tatsachen orientierte Klärung der Frage schaffen will.

Denn widerspruchsvoll wie die zwischen West- und Ostoption schwankende deutsche Regierungspolitik der Jahrhundertwende ist auch die englische Seite gewesen. Die Entwicklung eines ganzen Jahrzehntes, von den ersten Anregungen Salisburys zu einer Aufteilung der Türkei bis zum Abschluß der Ententen von 1904 und 1907, ist eine tiefkritische Durchgangsphase der englischen Außenpolitik gewesen, in der sich die Resignation, daß die Epoche der splendid isolation zu Ende ging, auch in England nur mit größter Schwierigkeit und unter schärfsten Konflikten innerhalb der maßgebenden Führungsschicht der konservativen Partei durchgesetzt hat.

Seit dem Burenkrieg wurde in England mit immer steigender Schärfe das Problem brennend, daß in der Epoche eines den ganzen Planeten umfassenden Imperialismus die Aufrechterhaltung des für die Beherrschung der See erstrebten Zweimächtestandards auf die

Dauer nicht nur eine schwere Last geworden war, sondern auch die erstrebte Sicherung der eigenen Seeherrschaft nicht mehr zu garantieren vermochte. Gleichzeitig machten die Erfahrungen des Burenkrieges das Problem einer kostspieligen Modernisierung und Verstärkung der Armee zu einer — umstrittenen — Frage von größter Dringlichkeit. Die politisch ebenso alarmierenden Erfahrungen drängten jetzt unter dem Vorzeichen des Imperialismus auch zu einer Nachprüfung der gesamten seestrategischen Lage Englands. Denn auch sie hatte sich radikal kompliziert, weil jetzt zu dem beschleunigten Ausbau der französischen und russischen Flotten die Entwicklung einer weiteren Gruppe aufstrebender Marinen in den Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland und begrenzter auch in Italien getreten war. Meinecke hat in der großen Linie scharf und richtig gesehen, daß der Aufbau der Tirpitzschen Schlachtflotte auf die Dauer zu einer der schwersten Hypotheken auf der Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges geworden ist. Aber der Mangel intimer englischer Zeugnisse führte bei ihm wie in der weiteren deutschen Diskussion dieser Frage zu einer polemisch erbitterten Auseinandersetzung, seit welchem Zeitpunkt der 1898 einsetzende und 1900 beschleunigte Aufbau dieser Flotte nun eigentlich in England als ernsthafte Gefahr erkannt und als politische Belastung wirksam geworden war, wobei der Argumentation zwar eine Fülle von Zitaten über die öffentliche Meinung in England, auch eine Reihe offizieller und offiziöser Erklärungen, aber nicht oder nicht in genügendem Umfang und mit durchschlagendem Charakter Quellen für die Diskussion dieser Frage in dem ausschlaggebenden Kreise der führenden englischen Regierungsschicht zur Verfügung standen.

Erst das Buch Mongers erlaubt es uns jetzt, eine präzise Antwort auf diese Frage festzustellen, und gibt uns damit sichere Grundlagen, zu welchem Zeitpunkt sich der deutsche Flottenbau ernsthaft auf das politische Feld auszuwirken begann. Schon im November 1900 und März 1901¹⁹ war der erste Lord der Admiralität, Lord Selborne, auf das tiefste über die seestrategische Lage besorgt, da alle seit 1895 zur Behauptung des Zweimächtestandards gegen die beiden nächststarken Marinen, die der Zweibundmächte Frankreich und Rußland, bei weitem nicht das erstrebte Ziel erreicht hatten, eine sichere Überlegenheit zu bewahren. Während England

¹⁹ Denkschrift Lord Selborne bei Monger, S. 12/13.

seit 1895/96 dreizehn Schlachtschiffe und 32 Kreuzer gebaut hatte, waren das bei Frankreich und Rußland zusammen 19 und 20 gewesen. Es standen jetzt 45 englische gegen 43 französisch-russische Schlachtschiffe und bei Fortsetzung der Bauten im gleichen Verhältnis war für 1906 nach den vorliegenden Programmen nur eine Gleichheit der Kräfte — je 53 Schlachtschiffe beider Lager —, also nicht mehr eine englische Überlegenheit zu erwarten, während das Bild bereits anfang, durch das Heranwachsen neuer Seemächte (1901, Deutschland 14 Schlachtschiffe, Vereinigte Staaten 7 und Japan 5) kompliziert zu werden. Es war eine Lage, die Selborne immerhin schon im Januar 1901 mit ernster Besorgnis feststellte. Trotzdem war er gezwungen, jeden Versuch eines Dreimächtestandards als aussichtslos und unerreichbar abzulehnen. Er hielt daher an einem auf Frankreich und Rußland orientierten Zweimächtestandard fest, bei dem eine englische Überlegenheit aber nur noch zum Teil durch die Zahl, zum anderen Teil durch „überlegene Organisation“ angestrebt werden sollte. Dabei übersah er keineswegs, daß man damit „von der Freundschaft Deutschlands, Japans und der Vereinigten Staaten“ ausgehen mußte, und zog denn auch schon die hier seestrategische Konsequenz, daß damit die bisherige Isolierung Englands unhaltbar geworden sei. Er betonte, daß es sich für das eigene Land um eine Frage auf Leben und Tod handele, und sah bei der vorauszusehenden Unerreichbarkeit einer allgemeinen Abrüstung „nur eine mögliche Alternative . . . Und das ist ein formelles Bündnis mit Deutschland“, diejenige Lösung also, mit der auch Joseph Chamberlain 1898 seinen Feldzug für eine Preisgabe der englischen Isolierung begonnen hatte.

Bei beiden hat also im Beginn der Krise um die Jahrhundertwende die Frage des deutschen Flottenbaues noch keine sie negativ bestimmende Rolle gespielt, in die sie aber während der folgenden Jahre mit der Enttäuschung über das stete Schwanken des als Bundesgenosse in Aussicht genommenen Reiches Schritt für Schritt einrücken sollte. In engstem Zusammenhang mit der Erfolglosigkeit der Bündnisbesprechungen in dem Entscheidungsjahr 1901²⁰ wird aber deutlich, daß sich diese Lage entscheidend zu ändern begann. Selborne persönlich, der noch im Frühjahr 1901 für ein formelles Bündnis mit Deutschland eingetreten war, hielt zwar zunächst noch an seinem gegen den Zweibund gerichteten Programm des Flotten-

²⁰ Monger, S. 78 u. S. 86.

ausbaues fest, verriet aber in einem Memorandum vom 16. 11. 1901 schon deutlich seine Sorge vor einer „ausschlaggebenden Stellung Deutschlands, wenn wir uns in einem Kriege mit Frankreich und Rußland finden würden“. Der Kaiser schien ihm jetzt entschlossen zu sein, „die Macht Deutschlands überall in der Welt einzusetzen, um deutschen Handel, deutsche Besitzungen und deutsche Interessen voranzutreiben“. Und nach dem Ende der Bündnisgespräche wurde nicht nur Balfour als Nachfolger Salisburys — obwohl bisher der weitgehendste Anhänger des Bündnisses mit Deutschland und selbst mit Österreich — skeptisch und ablehnend gegen die Anwendung des Zweimächtestandards nur gegen Rußland und Frankreich, während ihm Selborne am 4. 4. 1902 ebenfalls erklärte, er habe, „die Stärke des Hasses des deutschen Volkes diesem Lande gegenüber nicht richtig eingeschätzt“. Und Lascelles warnte jetzt aus Berlin am 22. 4. 1902 auf Grund der Beobachtungen seines Marineattachés bereits, daß „die deutsche Kriegsflotte erklärtermaßen gegen die stärkste Seemacht gerichtet sei — gegen uns“. Mit dem Ende der Bündnisbesprechungen und im Gefolge der zweiten deutschen Flottenvorlage war damit der Zeitpunkt bereits erreicht, von dem an der Aufbau einer starken deutschen Seemacht, so unfertig sie in der Praxis auch noch sein mochte, auch politisch ein nicht mehr zu übersehendes Gewicht erlangt hatte, so sehr sich seine tragischen Folgen erst mit dem Beginn des Dreadnoughtbaues erneut und entscheidend verschärfen mochten.

Schon an der Flottenfrage wird deutlich, daß die im wesentlichen fortan auf defensive Erhaltung ihrer Stellung als führende Weltmacht bedachte englische Politik in ihrem ganzen Stile angesichts der Fülle der der englischen Regierung gestellten innen- wie außenpolitischen Fragen weitgehend pragmatisch bestimmt war. Auch sie befand sich in einer tiefgehenden Übergangskrise, die sie aber sehr viel geschmeidiger, in einer oft auf Zeitgewinn bedachten Weise, behandelte, als dies auf der deutschen Seite mit ihren ständigen Schwankungen, dem heimlichen Schwächegefühl einer zu spät gekommenen Großmächtsrolle, kompensiert durch ebenso übersteigerte Anwandlungen eines zum Hasardspiel werdenden Gefühls steter, auf manchen Gebieten schwindelerregender Zunahme der eigenen Volkskraft, der Fall war. In ganz anderer Stärke als im Wilhelminischen Deutschland blieben in England die leitenden Kreise um intern klärende Behandlung der auch bei ihnen vorhandenen tiefgehenden Differenzen bemüht. Sie sicherten sich dadurch

gegen die Gefahr momentan bedingter Beschlüsse erfolgreich ab, bis schließlich bei den letzten Entscheidungen über die hart debattierte deutsche Bündnismöglichkeit eine weitgehende Übereinstimmung im Kreise der ausschlaggebenden Persönlichkeiten erreicht wurde, in dem so verschiedene Figuren wie Salisbury und Lansdowne, Balfour und Joseph Chamberlain durch Jahre hindurch über den neuen Kurs des englischen Staatsschiffes miteinander gerungen hatten. Die Tragweite der so schwer erreichten Übereinstimmung über die Ablehnung des deutschen Bündnisweges ist vielleicht die größte Überraschung, die uns das neue Quellenmaterial bereitet, und zugleich derjenige Punkt, in dem die Abweichungen von der bisherigen deutschen Forschung, auch von den sorgsam konstruierten Meinekes, am stärksten hervortritt. Es bleibt zwar dabei, daß der greise Salisbury mit seinem zähen Festhalten an einer nach seiner Ansicht noch nicht widerlegten englischen Tradition schließlich der „Vater aller Hindernisse“ für die Annahme sowohl der deutschen Dreibundforderung wie des Einschlusses von Österreich in den Vertrag, aber auch für das förmliche Bündnis mit Deutschland allein gewesen ist. Aber für die einflußreichen Persönlichkeiten einer jüngeren Generation, Joseph Chamberlain, James Balfour und vor allem auch Lansdowne, ist das Ergebnis erheblich vielschichtiger, realistischer differenziert und bewegter, als dies bisher der deutschen Forschung jemals erkennbar gewesen war.

Das gilt vor allem für Joseph Chamberlain, in dem ein so großer Teil der deutschen Forschung bis in das Jahr 1901 hinein den grundsätzlich entschiedensten Vertreter des Bündnisplanes mit Deutschland gesehen hatte. Vorbereitet durch die Biographie von Garvin, wird jetzt endgültig geklärt, daß seine Aktion für den Zusammenschluß mit Deutschland, den Vereinigten Staaten und Japan zu jeder Zeit, nicht erst durch den aufreizenden deutschen Wechsel zwischen Annäherung und opportunistischer Abweichung dieses Gedankens stets die Konzeption eines zwar schrankenlos dynamischen Anregers, aber auch eines harten Realisten gewesen ist. Seine Angebote, ob für China oder Marokko, enthielten zugleich auch sehr intensive Anforderungen an den künftigen Bündnispartner, durch deren Risiko die deutsche Politik immer wieder aus Furcht vor zu weitgehenden Engagements gegen Rußland — in China — und Frankreich — in Marokko — zurückgeschreckt worden ist. Bülow wie Holstein glaubten, sich ihre „Politik der freien Hand“ noch auf längere Zeit leisten zu können, weil sie die Reali-

sierung der Eventualdrohungen Chamberlains — mit der Möglichkeit einer englischen Wendung zu Frankreich und Rußland — ohne Schaden ignorieren zu glauben dürften. Sie übersahen damit freilich, in hohem Grade leichtfertig, welche Bedeutung für den leitenden Kopf des englischen Imperialismus dauernd die Auseinandersetzung mit Rußland über die Zukunft vor allem Chinas, aber auch von Afghanistan und Persien besaß. Sie verkannten ebenso, daß diese von Chamberlain schon 1898 drohend angekündigte Alternative ein Kampffeld betraf, auf dem bei allem dauernden Gegensatz Salisbury gegen den „Jingoismus“ Chamberlains gerade hier zwischen beiden Berührungspunkte vorhanden waren, die ihnen jederzeit eine gemeinsame Wendung gegen Deutschland möglich machen konnten. So sicher die Neigung Chamberlains zu dem deutschen — und dem amerikanischen wie japanischen — Bündnis endgültig erst durch die Kette seiner Zusammenstöße mit dem bedenkenlosen Opportunismus Bülow abgekühlt worden ist, so sehr sind die Grundlagen seines herrischen Alternativdenkens doch schon in den Auftaktgesprächen des Jahres 1898 hervorgetreten. Vor allem die Chinafrage ist in stärkstem Gegensatz zu der deutschen Zurückhaltung für ihn immer ein entscheidender Prüfstein für das gewesen, was er von dem künftigen weltpolitischen Partner erwartete und verlangte. Schon 1898²¹ hat er öffentlich erklärt, daß die Politik der Isolierung hinfällig sein müsse, wenn „das Schicksal des Chinesischen Reiches künftig ohne Rücksicht auf unsere Wünsche und gegen unsere Interessen entschieden werden könnte“. So stand er zwar im Gegensatz zu Salisbury, der radikale Maßnahmen für „unnötig“ hielt, weil der russisch-französische Zweibund seiner Ansicht nach „jeder realen Interessengemeinschaft außerhalb Europas ermangelte“. Aber Skepsis und Enttäuschung waren bei beiden und selbst bei Lansdowne gleich groß, als sich auch der Jangtsevertrag als untaugliches Mittel erwies, um die vor einem Zusammenstoß mit Rußland zurückschreckende deutsche Politik zu einer konkreten Unterstützung der englischen — und japanischen — Interessen in der Mandschurei und selbst im Yangtsetal zu bewegen.

Salisbury hat sich in den Jahren 1898—1901 in einer Lage befunden, in der die aktivsten und einflußreichsten Minister seines Kabinettes²², die Goschen, Chamberlain, Balfour, Hamilton und

²¹ Monger, S. 17—19.

²² Monger, S. 24—26.

Lansdowne, sich seiner zähen Abneigung gegen dramatische Entschlüsse immer wieder entgegenstellten. Auch seine Ablösung durch Lansdowne als Staatssekretär des Äußeren bedeutete zunächst noch einen Sieg des deutschfreundlichen Flügels im Kabinett. Aber auch Lansdowne ist doch durch die Schwierigkeiten, die ihm von deutscher Seite bei den langwierigen Verhandlungen über das schließlich von England allein nur notgedrungen und fast wider Willen akzeptierte Bündnis mit Japan bereitet wurden, tief enttäuscht worden, so daß sich seine tatsächliche Stellung zu Deutschland immer stärker der Position des Premierministers annäherte. Salisbury mit seiner Gegnerschaft gegen den Jingoismus aktionsbereiterer Persönlichkeiten aber suchte nicht nur dauernd nach Möglichkeiten eines Ausgleichs mit Rußland, sondern begann seit der Ernüchterung Delcassés durch Faschoda konsequent auch mit der Möglichkeit einer englisch-französischen Annäherung zu rechnen und nach ihr zu streben. Und selbst Lansdowne²³ war schon im Beginn des Bündnisgespräches mit Eckardtstein im März 1901 gegen Deutschland mißtrauisch geworden und erklärte jetzt, daß man „mit äußerster Vorsicht vorzugehen“ habe.

Lansdowne teilte noch nicht den Argwohn des Premierministers²⁴, der schon 1898 meinte, es sei ein Ziel des deutschen Kaisers, uns in einen Krieg mit Frankreich zu bringen, während er selbst 1899²⁵ gewillt war, alles zur Verhütung eines Krieges mit Frankreich aufzubieten, auch wenn dies durch Aufwallungen des französischen Chauvinismus eine schwierige Aufgabe sei. Aber seine stärkste Hoffnung ging doch trotz und seit Faschoda dahin,²⁶ daß eine Annäherung zwischen den beiden Ländern schließlich möglich sein würde, während er sehr viel weniger Vertrauen auf Deutschland zu haben erklärte, das mit Rücksicht auf seine lange Grenze gegen Rußland niemals mit England gegen das Zarenreich gehen würde. „Ich habe nicht den Wunsch, mit ihm zu streiten, aber mein Vertrauen ist unendlich klein.“

Geht man von dieser Grundlinie Salisburys aus, so ergibt sich, daß alle deutschen Hoffnungen, ihn doch einmal für ein Bündnis mit dem Reiche gewinnen zu können, durchgehend Illusionen gewesen sind. Damit aber wird bei aller zeitweisen Stärke des „pro-

²³ Monger, S. 31.

²⁴ Monger, S. 21.

²⁵ Monger, S. 21.

²⁶ Monger, S. 34/35, S. 37—39, S. 42.

deutschen“ Flügels im Kabinett deutlich, daß ernsthafte Chancen für das Eingehen auf einen deutschen Bündniswunsch, solange er noch als Premierminister im Amte war, im Grunde nicht vorhanden gewesen sind. Dazu kommt, daß mit einer Ausnahme — Sanderson — auch alle Schlüsselfiguren des diplomatischen Dienstes — Bertie, Sir Eyre Crowe und Nicolson — diesen Standpunkt des Premierministers über Aussichten und Kosten eines Bündnisses mit Deutschland oder Frankreich nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehntes mit der steten Unruhe der Außenpolitik des „Neuen Kurses“ durchaus teilten. Salisburys entscheidender Einspruch gegen die deutsche Forderung eines Bündnisses mit Einbeziehung des Dreibundes, vor allem Österreichs, aber auch nur gegen ein Bündnis mit Deutschland allein, das seine Spitze gegen Frankreich gerichtet hätte, dieser Inhalt seiner Aufzeichnung vom 19. 5. 1901, die bei ihrem ersten Bekanntwerden in Deutschland fast revolutionär wirkte, ist im Grunde der konsequent gebliebene Ausdruck seines ganzen politischen Denkens seit dem Beginn der Bündnisverhandlungen im Jahre 1898. Es ist überaus bezeichnend dafür, wie sehr schon die Hoffnungen der ursprünglich so starken Gruppe im Kabinett, die bisher für ein deutsches Bündnis eingetreten war, geschrumpft waren, daß im Grunde jetzt selbst Sanderson²⁷ das Mißtrauen der Berufsdiplomaten gegen Deutschland weitgehend teilte. Er meinte, Deutschland versuche, Japan zum Kriege gegen Rußland zu führen, um, selbst neutral, dann „den zur Ader zu lassen, der zuerst geschlagen wird“. So konnte sich jetzt Salisbury im Kabinett selbst auf ihn berufen. Auch Lansdowne hat schon das erste eigenmächtige Bündnisangebot Eckardtsteins mit vorsichtigem Mißtrauen entgegengenommen, da auch ihm vor allem an deutscher Unterstützung in Ostasien — gemeinsam mit Japan — lag. Er nahm auch den Unabhängigkeitsverlust durch ein allgemeines Bündnis so ernst, daß er zwar noch erklärte, die Neigung des Kabinettes zu einer engen Verständigung mit Deutschland zu teilen, aber zugleich auch betonte, daß „es mit einem gewissen Grad von Furcht die Idee eines internationalen Abkommens irgendwie unbestimmten, aber sehr weitgehenden Charakters betrachtete“. Auch er war der Überzeugung, daß England „mit Japan als einzigem Verbündeten einen Krieg mit Rußland und vielleicht auch mit Frankreich nicht führen könne“. Dieses Mißtrauen gegen die deutsche

²⁷ Monger, S. 44/45, S. 75.

Fernostpolitik wurde auch bei ihm noch weiter dadurch bestärkt, daß beide Teile erneut über der Frage der chinesischen Entschädigung für die Boxerunruhen in verärgerte Differenzen gerieten.

So wird man sein Verhalten in der Unterredung mit Hatzfeldt am 23. 4. 1901 sehr viel kritischer und skeptischer beurteilen müssen, als dies die ältere deutsche Forschung bei Otto Becker und selbst Friedrich Meinecke getan hat. Hatzfeldt hatte jetzt ja die deutsche Höchsthforderung, den Anschluß Englands an den Dreibund, unter dem Druck Bülow und Holsteins vorzubringen und mußte damit die bisher durch Eckardtstein aufgebauten Kulissen gründlich zerstören. Lansdowne erklärte demgegenüber sofort, es „würde in diesem Lande eine große Abneigung dagegen bestehen . . ., unsere Handlungsfreiheit in Fragen der auswärtigen Politik in dieser Weise einschränken zu lassen“. Wenn er den widerstrebenden Sanderson jetzt beauftragte, einen Bündnisentwurf auf der von deutscher Seite geforderten Grundlage aufzustellen, so teilte er sicher dessen Bedenken, Deutschland suche dadurch eine Garantie für seine von Frankreich eroberten Provinzen zu erhalten. „So werden die Franzosen es ansehen“, während er nicht genau wisse, „was Deutschland uns garantieren wird“.²⁸

Die Entscheidung wurde schließlich durch eine offenbar formlose Erörterung in einem „inneren Kabinett“ herbeigeführt, deren vornehmste Persönlichkeiten, außer dem Premierminister Lansdowne, Balfour und Chamberlain gewesen sind. Das Kabinett war noch immer geteilt, zwei gegen drei seiner Mitglieder noch immer selbst zu dem Anschluß an den Dreibund bereit. Monger meint daher, Großbritannien sei noch immer nahe daran gewesen, ein Bündnis mit Deutschland abzuschließen. Vor allem Balfour mit seinem dauernd starken Sinn für Englands Interessen in Europa sah im Gegensatz zu den Bedenken Lansdownes gegen die Dreibundforderung in dieser geradezu einen Hauptvorteil, um die Gefahr einer durch Rußland erzwungenen Aufteilung des Habsburgerstaates mit ihren unübersehbaren revolutionären Konsequenzen wirksam zu beschwören. Sieger blieb aber bei dieser Lage doch der konsequente Einspruch Salisburys, der dadurch Lansdowne zu jener Herausschiebung der letzten Entscheidung bewog, die den Kern seines bis zum Dezember 1901 fortgesetzten — vergeblichen — Bestrebens bildete, den deutschen Verhandlungspartner für den

²⁸ Monger, August 1901, S. 54.

bescheideneren Weg einer Kette praktischer Verständigungen über Teilprobleme der Weltpolitik zu gewinnen. Man wird sich aber nach der Entstehungsgeschichte dieses Schachzuges doch hüten müssen, in dieser Übergangsphase der Politik Lansdownes das Maß seiner Neigung zu Deutschland und seines Gegensatzes zu Salisbury und dem Foreign Office so hoch einzuschätzen, wie dies so lange Zeit durch Otto Becker und Friedrich Meinecke geschehen ist.

Schon Ende August 1901²⁹ beklagte sich Lansdowne in einem Brief an Lascelles bitter über das Verhalten der deutschen Politik in China und Marokko. „Was eine vollständige Verständigung zwischen Deutschland und uns betrifft, . . . kann niemand härter als ich für dies Ziel gekämpft haben, eine solche Verständigung weiterzuführen, . . . aber es kann keinen weiteren Erfolg versprechen, wenn das Verhalten der Partner nicht vor der Welt beweist, daß sie in loyaler Zusammenarbeit stehen.“ Auch er war wie inzwischen auch Chamberlain zu der Auffassung Salisburys gelangt, daß Deutschland keinerlei wirkliches Interesse in China oder Marokko wie die Briten — außer Balfour — in Österreich oder Italien habe. Schon seit dem Juli 1901 verhandelte er daher mit Cambon, erst zögernd, dann intensiver, über die Bereinigung englisch-französischer Reibungen in den Fischereifragen Neufundlands und in Westafrika. Mitte Oktober aber hatte sich trotz der anfangs quälenden Langsamkeit dieses ersten Vorspiels zu der Entente von 1904 auch bei Lansdowne die Überzeugung gefestigt, daß die deutschen Interessen „verschieden von den unseren“ seien. „Es hat die Gewohnheit, sich ein Pfund Fleisch zu sichern, wann immer es eine Gunst erweist oder glauben macht, sie zu erweisen.“

So blieb schließlich Balfour allein als Befürworter der deutschen Bündnisforderungen übrig. Zwar teilte Lansdowne noch immer nicht die Neigung seines Premierministers, unbeweglich in der bisherigen Isolation zu verharren.³⁰ Er hat sich daher trotz des deutschen Versagens, wenn auch zögernd und widerstrebend, zu dem Bündnis mit Japan entschlossen. Zugleich stand ihm aber jetzt auch fest, daß ein umfassendes Bündnis, wie es Deutschland forderte, ein zu hoher Preis sei, um der Isolation zu entgehen. Wohl hatte er noch nicht ganz darauf verzichtet, durch eine Reihe von Teilabkommen mit Berlin die Gleichheit ihrer Interessen „in begrenzten

²⁹ Monger, S. 81/82, S. 82/83.

³⁰ Monger, S. 90.

bestimmten Teilen der Welt“ festzustellen, obwohl dieser Plan durch Salisbury sofort kritisiert wurde. Aber auch die Entwicklung Lansdownes war nun so weit gediehen, daß die ablehnende Haltung Lansdownes gegeben war, als ihm am 19. Dezember 1901 der Nachfolger Hatzfeldts in London, Graf Wolff-Metternich, mit der berechtigten deutschen Forderung des „Alles oder Nichts“ entgegenzutreten mußte.

„Der Plan eines deutschen Bündnisses lebte niemals wieder auf.“ Salisbury war nicht mit seiner Neigung zu der Tradition der Isolierung Englands, wohl aber mit seiner Alternative der Werbung um Frankreich Sieger geblieben. Der Weg der englischen Politik führte 1902 konsequent zu dem Abschluß des Bündnisses mit Japan als Druckmittel gegen Rußland, nachdem der erste Versuch, sich mit diesem direkt zu verständigen, gescheitert war. Vor allem verfolgte aber die englische Politik fortan mit steigendem Nachdruck den Weg zu der Entente mit Frankreich im Jahre 1904. Auch Lansdowne erkannte schon in einem Brief an Lord Cromer vom 26. Dezember 1901³¹ an, daß ihm die „verhältnismäßige Freundlichkeit“ der französischen Unterhändler aufgefallen sei. „Ihre Manieren sind besser — als die der anderen Botschafter — und in der Sache selbst kann man leichter mit ihnen umgehen, als mit dem Rest.“ Die Verhandlungen zwischen zwei „etablierten Kolonialmächten mit großen Weltreichen“ sollten erfolgreicher sein als mit Deutschland, dessen jüngerer, stets Schwierigkeiten bereitender Imperialismus immer neue Forderungen zu stellen geneigt war. Im englischen Lager konnten sich auf diesem Wege der Chef des Foreign Office und sein diplomatischer Apparat ebenso wie die leitenden Persönlichkeiten der Regierung nach langen Jahren erbitterter Diskussion über Fortsetzung der splendid isolation oder Einschlagen eines

³¹ Die schärfste Kritik Meineckes ist enthalten in einem Brief an Carl und Sabine Rabl vom 21. 12. 1925, s. Ausgewählter Briefwechsel, Stuttgart 1962 (Werke Bd. VI) S. 121/122. Er erkennt in der Arbeit über das Bündnisproblem an, daß es gut sei, „einmal wieder ganz konkrete Fragen zu untersuchen“. Die Ergebnisse freilich findet er entsetzlich. Das gilt sowohl dem Kaiser „mit seiner Garde-Casino-Politik und fortwährenden Renommagen und Taktlosigkeiten“ wie dem „schmeichlerischen Bülow“ und dem „eigentlichen Drahtzieher Holstein“, der sein amtliches Wissen andauernd zu Börsenspekulationen mißbraucht habe. „Eine widerwärtige Welt insgesamt — und von der wurden wir regiert!“

„neuen Kurses“ relativ dauerhaft und leicht wieder zusammenfinden.

Man wird abschließend sagen können, daß der Kern der so frühen Auseinandersetzung Meineckes mit dem Scheitern der deutsch-englischen Bündnisversuche in der Jahrhundertwende auch heute noch seinen Rang als klassisches Beispiel einer mit kritisch besonnener Methodik durchgeführten Analyse eines damals noch erregend nahen und brennenden Problems zeitnaher Geschichte durchaus behauptet hat. Ebenso zwingend ist aber auch die Feststellung, daß er zu jenen Anhängern der Westoption gehört hat, die die Aussichten ihrer Durchführbarkeit, der Erreichung des von ihm gegenüber der Gegenposition einer Ostoption vertretenen Zieles, noch erheblich überschätzt hat. Die Gründe englischer Staatsraison, mit denen Salisbury zugunsten der Annäherung an Frankreich entschieden hat, haben ein so starkes Gewicht besessen, daß ein Erfolg gegen die starke, ursprünglich dem deutschen Bündnis zuneigende Gruppe des englischen Kabinettes doch keineswegs ein Zufall, sondern Ausdruck der in jenem Zeitpunkt überwiegenden englischen Interessen gewesen ist. Auch jene Zugeständnisse deutscher Selbstbescheidung, die Meinecke, der Bewunderer Friedrich Naumanns, noch 1927 als hinreichend betrachtete, um doch noch dem Reich eine zwar geschmälerte, aber immerhin noch ebenbürtige Stellung in der Gruppe der führenden Weltmächte zu sichern, würde mit Sicherheit nicht hingereicht haben, den von ihm ersehnten Erfolg eines deutschen Werbens in London herbeizuführen. Er ist auch nach dem Ersten Weltkrieg noch in den Grenzen seiner Generation befangen geblieben, deren volle Belastung erst nach 1945 ganz hervorgetreten ist. Die englische Anerkennung, daß trotz allem der Erfolg eines Bündnisses mit Deutschland bis zuletzt nahe genug gewesen sei, ist allerdings eine deutliche Mahnung, daß sich der Historiker hüten sollte, vergangenen Epochen Einsichten abzufordern, die erst späteren Generationen zugänglich geworden sind, anstatt die geistige Energie zu respektieren, mit der Meinecke schon 1927 schärfste und bleibend wertvolle Kritik an den ihm bereits erkennbaren Fehlern der deutschen Politik um die Jahrhundertwende geübt hat.

INHALT

	Seite
Vorwort: Von Hans Herzfeld	V
Einleitung	5
Erstes Kapitel: Das Bismarcksche Erbe und die Mittelmeerfragen	10
Zweites Kapitel: Shimonoseki	24
Drittes Kapitel: Salisburys Teilungsplan von 1895 .	32
Viertes Kapitel: Die englische Politik am Schlusse des Jahres 1895	55
Fünftes Kapitel: Die Krüger-Depesche und die Politik der freien Hand	60
Sechstes Kapitel: Die erste englische Bündnisverhand- lung 1898	85
Siebentes Kapitel: Die Bagdadbahn und das Problem einer deutsch-russischen Allianz .	115
Achtes Kapitel: Der Burenkrieg	144
Neuntes Kapitel: Das Jangtseabkommen	163
Zehntes Kapitel: Die Bündnisverhandlung von 1901	177
Elftes Kapitel: Ausklang und Schlußbetrachtungen	229

Geschichte
des deutsch-englischen Bündnisproblems
1890—1901

